

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Er scheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. M. 350, vierteljährl. M. 1050.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandischen Verkehr 1050.— einchl. Postbestgeld.
Stanznummern 14 M. : : Direktions Nr. 50 bei der
Oberamtsparafabrik Remenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum M. 25.—, auswärts M. 28.— : : Reklame-
zeile 70 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Satz. Für Offerten u. bei Kautionserteilung werden
jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 2 Uhr vormittags. : : In Konten-
fällen oder wenn gerichtliche Vernehmung notwendig
wird, fällt jede Rücksicht weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 291

Formzahl 179

Wildbad, Dienstag, den 12. Dezember 1922

Formzahl 179

57. Jahrgang

Das Rheinland bleibt deutsch!

Erneuter Protest des Reichskanzlers.

Berlin, 11. Dezember.

Bei einer Aussprache zwischen dem Reichskanzler und Vertretern rheinischer Zeitungen am Samstag führte Reichskanzler Dr. Cuno über die Rheinlandfrage u. a. folgendes aus:

Ich habe bereits am Sonntag den 3. Dezember bezüglich des Rheinlandes betont, daß die Reichsregierung unbedingbar bei ihrer im Reichstag abgegebenen Erklärung bleibt. Keine deutsche Regierung, mag sie aussehen wie sie will, kann einen anderen Standpunkt einnehmen, denn die Preisgabe des Rheinlands wäre das Ende des Deutschen Reichs. Hier handelt es sich um eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Wie dürfen wir verzagen, wenn es noch solche Treue und Standhaftigkeit gibt, wenn die Rheinländer in ihrer Not uns allen in Deutschland mit ihrem einigen Fühlen, Wollen und Handeln noch ein erstrebenswertes Vorbild sind! Ich möchte nur wünschen, daß man auch in französischen Kreisen diesen Ausdruck der Gefühle des rheinischen Volkes versteht und würdigt. Der Versailler Vertrag hat uns im allgemeinen nur Pflichten in Hülle und Fülle aufgedeckt. Zu den wenigen Rechten, die uns gelassen worden sind, gehört eines, das wir unter keinen Umständen preisgeben: der Anspruch auf ungeschmälerte Zugehörigkeit der rheinischen Gebiete zum großen deutschen Vaterland und zu den beteiligten deutschen Ländern. Im Augenblick des Zusammenbruchs hat sich Deutschland blutenden Herzen im Osten und Westen zur Abtretung von Gebieten verpflichtet. Damit ist das Maß voll. Nochmals kommt kein Augenblick, an dem Deutschland bereit wäre, sich wiederum und von neuem verkrüppeln zu lassen. Im Gegenteil: Unsere Politik muß als eines der Hauptziele im Auge haben, die jetzt noch von fremden Heeren besetzten Gebiete sobald als möglich von dieser Last zu befreien. Für uns gilt, daß alles, was geschehen muß und geschehen kann, im Hinblick auf das große Ziel geschieht, das jedem Deutschen vor allem sicherlich am Herzen liegt: die Befreiung der Rheinlande!

Damit komme ich zu der Frage, wann dem Rheinland diese Stunde schlagen wird. Wir haben mehrfach aus beachtenswerten Munde die Bestimmungen des Versailler Vertrages dahin auslegen hören, daß die für die Befreiung der Rheinlande vorgesehene Frist von fünfzehn Jahren wegen mangelnder Erfüllung des Vertrags noch nicht zu laufen begonnen habe. Diese Auslegungsversuche sind mit den einschlägigen Artikeln des Versailler Vertrags schlechtdings unvereinbar. Den Zeitpunkt, von dem ab die Befreiung zu berechnen ist, bestimmt der Artikel 428 in unzweifelhafter Weise: Es ist der Tag des Inkrafttretens des Vertrags selbst. Art. 440 lautet: „Ein erstes Protokoll über die Niederlegung der Bestätigungsurkunden wird errichtet, sobald der Vertrag von Deutschland einerseits und von drei alliierten und assoziierten Hauptmächten andererseits bestätigt ist. Mit der Errichtung dieses ersten Protokolls tritt der Vertrag in Kraft. Dieser Zeitpunkt gilt zugleich als der Zeitpunkt des Inkrafttretens bei Berechnung aller in dem gegenwärtigen Vertrage vorgesehenen Fristen.“

Dieses erste Protokoll ist am 10. Januar 1920 errichtet worden.

Hierauf haben die Fristen für die Befreiung der Rheinlande am 10. Januar 1920 begonnen. Deutschland hat demnach einen vertraglich verbürgten Rechtsanspruch darauf, daß mit Ablauf des 9. Januar 1925 der Brückenkopf von Aken und die übrigen im Artikel 429 genannten Gebiete geräumt werden. Mit Ablauf des 9. Januar 1930 müssen der Versailler Vertrag genau bezeichneten Gebiete geräumt sein und mit dem Ablauf des 9. Januar 1935 muß der letzte Soldat der alliierten und assoziierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen haben!

Dieser Rechtsanspruch ist nur einer Einschränkung unterworfen, die im Schlußabsatz von Artikel 429 des Vertrags dahin festgelegt ist, daß die Zurückziehung der Besatzungstruppen im gewissen Umfang aufgeschoben werden kann, wenn nach Ablauf der 15-jährigen Befreiungsfrist die alliierten und assoziierten Regierungen

Kurze Tagesübersicht.

Reichskanzler Dr. Cuno hat sich erneut dahin ausgesprochen, daß eine Preisgabe des Rheinlandes das Ende des Deutschen Reiches bedeuten würde.

Die deutsche Regierung hat der Londoner Konferenz in einer Note neue Reparationsvorschläge unterbreitet, die aber einstimmig abgelehnt wurden.

In London beharrt Voincare auf einer Kontrolle der Bergwerke des Ruhrgebiets, was nichts anderes als Besetzung und Pfändung bedeutet. Darob ist es zwischen ihm und Bonar Law zu starken Meinungsverschiedenheiten gekommen.

Die deutsche Antwort auf die „Sühnernote“ wird veröffentlicht. Danach stellt die deutsche Regierung den geforderten Betrag von 1 Million Goldmark der Entente zur Verfügung.

Die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht hinreichend erachtet. Voraussetzung für eine Verlängerung der 15-jährigen Befreiung ist hiernach, daß von den alliierten und assoziierten Regierungen — nicht etwa von den Regierungen der Befreiungsmächte oder nur gar von einer dieser Regierungen, etwa der französischen, bei Ablauf der Befreiungsfrist ausdrücklich die Feststellung getroffen wird, daß gegen einen Angriff der erwähnten Art keine hinreichende Sicherheit besteht. Im Hinblick auf unsere Entwaffnung kann diese einzige Einschränkung nicht geltend gemacht werden, die mit dem Fristenlauf im übrigen nichts zu tun hat.

Sagen Sie der rheinischen Bevölkerung, daß die rheinische Treue zum Reich mit der Treue des Reiches zu den Rheinländern vergolten werden wird!

Deutschlands Sache die Sache der Welt

Im Verlag der Societätsdruckerei, G. m. b. H., in Frankfurt a. M. erscheint das neueste Buch des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Francesco Nitti: „Der Niedergang Europas — Wege zum Wiederaufbau“, dem wir nach der „Köln. Ztg.“ folgende interessante Ausführungen entnehmen:

Trotz der Hochade war Deutschlands wirtschaftliche Fähigkeit zum größten Teil unversehrt geblieben; aber der Vertrag von Versailles und im besonderen die Art seiner Durchführung haben das große Gebäude in allen seinen Teilen zerrüttet und zerstückelt.

Die wichtigste Voraussetzung jeder Warenerzeugung ist eine wenigstens verhältnismäßige Beständigkeit. In Deutschland dagegen ist nach dem Frieden und durch ihn alles unbeständig und schwankend geworden: schwankend die Höhe der Entschädigungsforderungen, schwankend die Art ihrer Bezahlung, schwankend selbst die Grenzen des deutschen Gebiets. Deutschland kann weder Handelsverträge noch wirtschaftliche Abkommen schließen und weiß kaum, was es eigentlich als sein Eigen besitzt. Breite Zonen deutschen Gebiets fallen in den französischen Bereich, andere in den polnischen, die Flüsse und Eisenbahnen stehen unter fremdem Einfluß, und Ozeanien ist vom Reich getrennt, gleich einer auswärtigen Kolonie. Nach Verlust seiner Handelsflotte, seiner Kolonien, seiner übertragbaren Güter und vieler seiner ersten Rohstoffe ist Deutschland in Gefahr, nicht nur seine wirtschaftliche, sondern auch seine politische Einheit einzubüßen. Mit Oesterreich kann es sich nicht vereinigen, von Rußland ist es künstlich getrennt, die Wege nach dem Orient sind ihm verschlossen. ... Oft zerstören die Militärkommissionen unter billigen Vorwänden nicht bloß Kriegsmaterial, sondern auch Industrieerzeugnisse, die nichts mit Krieg zu tun haben. Im Juni dieses Jahres wurden ohne jeden Grund 8000 Jagdgewehre der Deutschen Waffengesellschaft München, die zur Ausfuhr bestimmt waren, bis auf letzte vernichtet. Ich habe einige Fragebogen der Besatzungsbehörden vor mir liegen, die dazu dienen sollten, die öffentliche Stimmung festzustellen. Darunter sind Fragen wie die folgenden: Welches sind die Anschauungen der verschiedenen Parteien bezüglich einer Donauföderation, die die katholischen Staaten Süddeutschlands mit dem Rheinland und dem Ruhrgebiet vereinigt? Welches wäre die Haltung der Arbeiterbevölkerung der Ruhr gegenüber einer etwaigen Befreiung? Welches die Haltung der Bürger, der Industriellen, der Beamten und Ingenieure? Wie heißen die einflussreichsten deutschen Beamten? Welches ihre Haltung? Wer von ihnen wäre am ehesten zugänglich? u. s. w.

Die deutsche Industrie weiß bei dem Schwanken der Valuta weder, was sie kaufen, noch was sie verkaufen kann. Bei der stets drohenden Gefahr von Zwangslieferungen war sie lange Zeit nicht einmal ihrer Anlage sicher, und nach dem Verlust von Oberschlesien versucht sie vergebens, das dadurch zertrümmerte System der Zusammenarbeit wiederherzustellen. Da Deutschland zum größten Teil den Auslandmarkt verloren hat, hat es, dank den während des Kriegs gemachten gewaltigen Fortschritten der Technik, den inneren Markt stark entwickelt. In der Tat ist nicht so großartig wie das Schauspiel der Tsararast, mit der das deutsche Volk sich gegen seinen Untergang wehrt und trotz aller Entbehrungen, inmitten innerer Umwälzungen und mitten im Haß der Parteien und in der Ungewißheit der Regierungsform, es dennoch, wenn auch unter großen Leiden, fertig bringt, zu leben. Auch in Deutschland wie in ganz Europa ist die Arbeit im ganzen schlechter geworden, entsprechend dem Geist der Gleichgültigkeit und des Widerwillens, der sich aller Arbeitermassen bemächtigt hat und nur mit der Zeit wird verschwinden können. Da Deutschland gleich nach dem Krieg keine Anleihe im Ausland machen konnte, hat es im größten Umfang Markverkäufe vollzogen und den Notenumlauf vermehrt, um die ihm auferlegten Summen bezahlen und Rohstoffe anschaffen zu können. Infolge dieser Spekulation auf die Mark hat sich in ganz Deutschland eine krankhafte wirtschaftliche Tätigkeit entwickelt. Die stete Entwertung der Mark macht jede Ersparnis überflüssig, und die Folge des allgemein mangelnden Vertrauens ist die Kapitalflucht ins Ausland. Auch heute noch sucht jeder seine Bezahlung im Innern hinauszuschieben, um von der weiteren Entwertung der Mark zu profitieren, daher denn oft genug auch im Innern Deutschlands die Kaufverträge in ausländischer Währung gemacht werden. Unmittelbar nach dem Krieg war die deutsche Valuta nicht gerade schlecht. Auf pari ist ein Dollar gleich etwa 4,20 M. Dezember 1918 nun galt der Dollar 8,28 M., nach dem Friedensvertrag Juli 1919 bereits 15,08. Zwei Jahre später, November 1921, stand er infolge der Durchführung des Vertrags und der ganzen daran sich anschließenden Wirtschaftserückung auf 262,96 Mark und heute ist er in raschem Steigen auf 2000, ja über 8000 M. gekommen. Mit andern Worten: die Mark hat jede Kaufkraft verloren. Hand in Hand damit geht natürlich die geradezu katastrophale Unsicherheit der Preise, infolge deren die Industriellen sich fürchten, zu verkaufen, da der auch noch so hohe Preis dennoch die Kosten nicht zu decken vermöchte. Die schwebende Schuld ist auf 830 Milliarden M., der Notenumlauf auf 131,8 Milliarden M. angewachsen, von allen andern Schulden abgesehen. Unter solchen Umständen ist der Fall Deutschlands unvermeidlich, wenn es nicht gelingt, es von den Ketten zu befreien, die es erwürgen.

Prozeß Klante

Ein Fall aus der Zeit.

Am Montag begann vor einer Berliner Strafkammer der Riesenprozeß gegen den Westkongergründer Max Klante wegen Betrugs, gewerbsmäßigen Glückspiels und Konkursvergehens. Das Urbild des klantischen Schwindels waren die bekannten Dackauer Banken der unvergesslichen Mänscherin Adele Spiheder. Max Klante aber ist eine Nachkriegserfindung. Er bildete erst den Großbetrieb der betragsreichen Verzinsung aus. Die Spiheder gab erst 10 v. H. für drei Monate. Wie überholt, wie altmodisch Klante versprach seinen Einlegern 50 v. H. binnen zwei Monaten. Seine Nachahmer, deren Unternehmungen wie Pilze aus dem Boden schossen, versprachen 100 v. H., späterhin 150 v. H. Natürlich wurden die Zinsen aus den neu zufließenden Einlagen bezahlt. Denn die kongernähmigen mochten bei den Zuschauern noch so viel wetten und gewinnen, niemals wurden dadurch die Einnahmen geschaffen, um dauernd die sabelhaften Zinsen anzukehren. Wohl, mancher greift sich heute an den Kopf, wie die Lockungen dieses unscheinbaren früheren Winkelphotographen Klante es zuwege brachten, daß man ihm alles verfügbare Geld, häufig das ganze Vermögen anvertraute, auf Versprechungen band, die ganz sinnlos waren.

Es wäre oberflächlich, zu sagen: Klante, der von seinen Verehrern buchstäblich mit Lorbeerkränzen überschüttet wurde, verdankte seine Erfolge dem gesteigerten Woffentrieb nach müßelosem Gewinn. Die gewaltige Entwicklung des Westschwindels wurzelte vielmehr in derselben Ursache wie heute noch, da der Dollar auf über 8000 Papiermark geklettert ist, der Drang zur Börsenspekulation und zu waghalsigen Unternehmungen aller Art. Die Ursache ist die Unmöglichkeit für ungezählte Menschen, durch fleißige Arbeit ihren Unterhalt zu verdienen, durch ihr Einkommen ihre Lebenshaltung weiterführen zu können und die Unsicherheit, altes oder neu erworbenes Vermögen unangefastet zu bewahren. Mit anderen Worten: Klante spekulierte auf das

Währungsseind, auf das nationale Unglück Deutschlands. Der kleine, der mittlere, ja selbst der größere Rentner kämpft täglich mit einer schwer lastenden Gegenwart und bangt vor ungewisser Zukunft. Der Festbesoldete verbringt die Abende mit trüben Rechnungen, die nie aufgeben. Und schließlich der Besitzer einer Fabrik oder eines kaufmännischen Unternehmens, kurz, der erwerbende Kapitalist, weiß er, ob er seine Wälder mit Gewinn, Verlust oder sogar Einbuße seines gesamten Vermögens abschließen werde? Er verdient Papiermark, deren Bewertung täglich zweifelhafter wird. Auf fester, übersichtlicher Grundlage Berechnungen aufzustellen, den Verbrauch danach einzurichten, vorzusorgen, ist zu einem Unding geworden. Man vermag nur von der Hand in den Mund, nur für den Tag zu leben.

Es sind nun schon zwei Jahre her, daß diese Haltlosigkeit um sich greift. May Klante kam als Retter. Er versprach goldene Berge. Wer immer nur Böses, Unheilvolles, Niederdrückendes erlebt, ist leicht begeistert, wenn er angenehme Hoffschöpfung vernimmt. Man folgte diesem im Grund naiven Verführer, bis der Augenblick kam, wo ihm der Glorienschein des Volksbeglückers vom Haupte fiel, nicht weil, wie er sich selbst vor Gericht verteidigen wird, die Steuerbehörde sein System zerstückte, sondern weil der Unfuh seines Systems zutage trat. Etwa 60 000 Personen haben Schaden erlitten, viele sind völlig zugrunde gerichtet. Die Beobachter der Entente können aus dem Strafprozeß etwas lernen: Der Goldrausch um Klante gehört zu der deutschen Scheinblüte, die jetzt Stück für Stück zusammenbricht. May Klantes Name ist verbunden mit dem tragisch endenden Satorfpiel dieser Zeit, in der ein von übermütigen „Siegen“ gequältes Volk halb nährlich zu werden droht. Dr. E. B.

Die Besprechung in London

Schlechte Stimmung

London, 11. Dez. Nachdem am Samstag vormittag Bonar Law die Herren Poincaré und Mussolini im Gasthof besucht hatte, fand am halb 12 Uhr im Auswärtigen Amt in der Downing-Street die erste Besprechung (ohne Sachverständige) statt, die bis 2 Uhr dauerte. Abends 6 Uhr folgte eine weitere Zusammenkunft von drei Viertelstunden. Am Sonntag vormittag folgte wieder eine Besprechung. Nach amtlicher Bekanntgabe wurde bisher die politische Seite der deutschen Kriegsschuldung und der Verbandskriegsschulden behandelt.

Paris, 11. Dez. Der Sonderberichterstatter des „Raffin“ meldet über die Stimmung in London, es sei wenig Aussicht, daß eine Einigung zustande komme. Die Engländer meinen, Deutschland habe alles getan, was es konnte. Seine finanzielle Lebensmöglichkeit hänge an einem Faden; stürze es in den Abgrund, so werde Frankreich nichts erhalten und es würde eine Katastrophe für ganz Europa heraufbeschworen. Man müsse Deutschland die Hand bieten, damit es wieder aufs Trockene komme. Von einer Streichung der französischen Schulden bei England könne keine Rede sein, solange der Hauptgläubiger Amerika nicht streiche. Im Juli haben die vereinigten Bankier bezüglich der Anleihe an Deutschland noch von Milliarden gesprochen, im Dezember sprechen sie nur noch von 500 Millionen. — So denken von 20 Engländern 19.

Die deutschen Vorschläge abgelehnt?

London, 11. Dez. Die deutsche Reichsregierung hat Ergänzungsvorschläge eingereicht, die auf der Aufnahme einer inneren und äußeren Anleihe beruhen. Je nach der Höhe des Anleihergebnisses soll Deutschland ein Zahlungsaufschub bis zu 5 Jahren gewährt werden und für diese Dauer von allen sonstigen Lasten des Friedensvertrags entbunden sein. Der Ertrag der äußeren Anleihe soll ganz, derjenige der inneren zur Hälfte der Entschädigungskommission zur Verfügung gestellt werden, die andere Hälfte soll zur Festigung der Markt verwendet. Die deutschen Vorschläge wurden am Sonntag als Beilage eines Briefs des Reichskanzlers an Bonar Law übergeben. In den Besprechungen zuvor war festzustellen gewesen, daß der englische und der französische Standpunkt so weit auseinander liegen, als im August, namentlich bezüglich der Besitzergreifung des Rheinlands und des Ruhrgebiets. Der neue Vorschlag Deutschlands gibt den Verhandlungen in London einen neuen Richtungspunkt; mehr als eine Abordnung bringt ihm starkes Interesse entgegen.

Nach einer Pariser Mitteilung der Frankf. Ztg. wurde der deutsche Vorschlag von vier Ministerpräsidenten für

als unzureichend erachtet, da man glaube, daß der Vorschlag von der deutschen Großindustrie nicht gebilligt werde und die Ausschichten für die Anleihen daher nicht günstig seien. Jedenfalls soll in London in Aussicht genommen sein, einen zweijährigen Aufschub nur gegen verschärfte Finanzüberwachung zu gewähren, deren Durchführung zusammen mit der Finanzreform durch die bedingte Drohung mit der Ruhrbesetzung sichergestellt werden soll.

Die Treiber Poincarés

London, 11. Dez. Der Londoner Berichterstatter des „Newport Herald“ sagt, nichtamtlich werde vielfach auf die Tatsache hingewiesen, daß die französischen Militärs von der Besetzung des rheinischen und des Ruhrgebiets nichts wissen wollen (aber des linksrheinischen! D. Schr.). Für die Besetzung des Ruhrgebiets arbeitete nur die nordfranzösische Großindustrie, die zahlreichen Angehörigen und Arbeiter in den deutschen Fabriken und Bergwerken unterbringen wollen, was auch die deutsche Bevölkerung so zu sagen möge.

Mussolinis Vorschlag

Paris, 11. Dez. Mussolini legte der Londoner Besprechung eine Denkschrift mit folgenden Punkten vor: 1. Die Verbündeten erlassen sich untereinander ihre Kriegsschulden; dementsprechend wird die deutsche Kriegsschuldung ermäßigt. 2. Zweijährige Zahlungsfrist für Deutschland mit Zwangssicherheiten bei Nichterfüllung. 3. Ausgabe einer Anleihe, die groß genug ist, um den Verbündeten während des Zahlungsaufschubs einen hohen Betrag zu sichern und Mittel für die Festigung der Mark zu gewinnen. 4. Ausgabe einer weiteren Anleihe nach Wiederherstellung des deutschen Kredits, um eine völlige Abrechnung der Kriegsschuldung vornehmen zu können. — Der Wahnsinn der Kriegsschuldung nach dem Londoner Ultimatum würde also verewigt werden!

Der Griff nach dem deutschen Privatvermögen

Paris, 11. Dez. Der „Reit Parisien“ erzählt aus London, der Ton, in dem Bonar Law und Poincaré miteinander verkehren, sei freundschaftlich aber trocken; die Uneinigkeit in der Frage der Besetzung des Ruhrgebiets könne dazu führen, daß England in der Frage der Verbandschulden eine abwartende Haltung einnehme. Die deutschen Vorschläge haben scharfen Widerspruch hervorgerufen; der Gegenvorschlag Bonar Laws, daß die deutsche Industrie eine sofortige Zahlung von 500 Millionen Goldmark leiste, um ihre Absicht kundzutun, daß sie an dem Plan der deutschen Reichsregierung mitarbeiten wolle; die Verbündeten werden dann Deutschland eine Frist von drei Monaten geben, um die angekündigten Finanzreformen durchzuführen. — Dieser Gegenvorschlag sei nicht angenommen worden. Darauf sei man auf die Forderung Poincarés zu sprechen gekommen, die „neutrale Zone“ auf 50 Kilometer rechts des Rheins auszudehnen, wodurch man die Ruhrstädte Essen und Bochum in die Gewalt bekäme. Poincaré habe dargestellt, welchen wirksamen Druck man auf die deutsche Reichsregierung und die deutschen Industriellen „zur Aufzwingung der Reformen“, deren Art er jetzt noch nicht näher ausführen wolle, ausüben könne, wenn man das Gebiet besetze.

Vertagung der Londoner Besprechung?

Paris, 11. Dez. „Echo de Paris“ meldet, Bonar Law habe nach einer Sonderbesprechung beschlossen, die Konferenz auf acht Tage zu unterbrechen.

Neue Nachrichten

Weitere 300 Milliarden für die Reichsgetreidestelle.

Berlin, 11. Dez. Der Reichsfinanzminister soll ermächtigt werden, für die Ankaufe von Auslands- und Inlandsgetreide Reichsschahenweisungen bis zur Höhe von weiteren 300 Milliarden Mark auszugeben. Bisher war für diesen Zweck eine Ermächtigung bis 120 Milliarden erteilt worden bei einem Stand von 400 Papiermark gleich einer Goldmark. Um zu verhindern, daß bei dem heutigen Tiefstand von 2000 Papiermark gleich einer Goldmark eine Zahlungsstockung durch die Reichsgetreidestelle eintrete, mußte die Krediterhöhung vorgenommen werden. Die Schuld soll, wie bisher, aus dem Erlös beim Wiederverkauf des Getreides an die Bäckereien usw. abgedeckt werden.

Im Himmelmooß.

Von Hermann Schmidt.

8. (Nachdruck verboten.) „Das müßt Ihr nicht tun,“ sagte Judika und setzte ihre Gesichtslinie einen Augenblick neben der Ofenbank ab. „Der Vursch“ tat' Euch nur wieder auf ein neues in der Leute Mäulern herumtragen, und das hats nicht notwendig. Es ist ohnedem überall von nichts anderm die Rede, als von dem besondern Bau da, von dem kein Mensch weiß, was er werden soll.“ Der Alte wandte sich ihr sitzend zu, stemmte beide Hände auf die Kniee und sah ihr mit spöttischem Lachen ins Gesicht. „So? Geht das Gered'?“ sagte er dann. „Möchten sie's gern wissen, was der Bau bedeut'et? Und der Frau Judika drückt auch das Herz ab, daß sie's nicht weiß — gut, ich will's Ihr sagen, dann werdens bald alle wissen, die stadt vor ihrer eigenen Tür vor dem Himmelmooßerhofe stehen wollen. Ein Turm solls werden, mit einem schönen Erker, in den man sich sein schön bequem hineinsetzen kann und kann sich wohl sein lassen und hinaus schauen auf die ganze Gegend, die Berg' und den See, als wenn sie einem gehören täten, alle miteinander. Ich hab's so gesehen, wie ich zuletzt ins Tirol hineingereist bin — da gibts viel Häuser mit einem solchen Vorprung; das hat mir gefallen, und drum will ichs auch haben auf meinem Hof.“ Die Frau schwieg einen Augenblick und schien nach den rechten Worten für eine Erweiterung zu suchen. „Wo ist's doch so, wie die Leute sagen,“ rief sie. „Das ist's aber gerade, warum sie die Köpfe zusammenstecken. Sie sagen, das sei keine Bauerei für einen Bauern — das wär' nur an den Schiffsjüngern der Brauch und an den Häusern von den Edelmannshäusern.“ Die Augen des Himmelmooßer funkelten unheimlich unter den schwarzen Brauen hervor. „Und was bin denn ich?“ rief er aufspringend. „Bin ich etwa mit einem Wanderbündel überm Rücken ins

Himmelmooß gekommen und hau' darauf wie ein Vächter? Ich seh' auf eigenem Grund und Boden und bin so gut ein Herr, als ein Baron oder Graf, dem vielleicht kein Stein gehört von seinem Schloß. Wenn ich edelmännlich zahlen kann, darf ich auch edelmännlich bau'n, und wer dagegen etwas einzuwenden hat, der soll kommen und mir's sagen — der Himmelmooßer wird ihm die Antwort nicht schuldig bleiben.“ Der Jörn des Bauern hätte sich wohl noch lauter und kräftiger Luft gemacht, hätte nicht ein vor dem Haupte entstandener Lärm dessen Erguß unterbrochen — ein Aufschrei des Schreckens und ein großer Fluch ließ sich hören, verbunden mit Geräusch wie von brechendem Holze. Frau Judika sprang ans Fenster. „Heilige Mutter Anna, das häßt' ein schön's Unglück geben können,“ rief sie dann zurück. „Der dicke Gerichtsdienner ist draußen; er ist auf die Einfassung von der Kalkgrube getreten und wär' schier hineingefallen — bei einem Haar wär' das Brett gebrochen.“ „So soll er halt die Augen aufmachen,“ rief der Bauer lachend entgegen, „damit er sieht, wo er hintritt — aber ich glaub', die Lad' und Anzeig' hesser schlagen ihm so gut an, daß er über seinen eigenen Schmeerebauch nicht mehr hinüberieht.“ „Aber das eine Brett von der Einfassung ist auch schon ganz morsch,“ unterbrach ihn Judika, „ich hab' es Euch neulich schon gesagt, Ihr solltet es ausbessern lassen, eh's ein Unglück gibt.“ „Hält mir im Schlaf nicht ein,“ schnauzte er sie an, „das Brett ist noch ganz gut — aber was will denn der Scherengucker bei mir?“ fuhr er, sich der Tür nähernd fort, „kann ich mir doch um Leben und Sterben nicht einbilden, was der im Himmelmooß zu suchen hat.“ Der so freundlich Erwartete trat ihm bereits auf der Schwelle entgegen. Es war ein kleiner dicker Mann mit stark gerötetem Gesicht. Er atmete heftig und trocknete sich den Schweiß ab, was ihn aber nicht hinderte, in seinem Fluchen über das Unglück, das ihm beinahe zuge-

Die Politik ernährt ihren Mann.

Dresden, 11. Dez. Die Regierung beantragte, die Gehälter der sächsischen Landtagsabgeordneten auf 25 000 M für in Dresden und auf 30 000 M für außerhalb Dresdens wohnende Abgeordnete zu erhöhen, wozu noch die auf 200 Prozent berechneten Steuerzuschläge kommen, so daß also ein Abgeordneter neben seinem Berufseinkommen Landtagsgehälte von 80 000 bzw. 90 000 M monatlich haben wird. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen ging der Haushaltsausschuß nach einem demokratischen Antrag noch über den Regierungsantrag hinaus und bewilligte für die sächsischen Landtagsabgeordneten 80 bzw. 90 Prozent des Einkommens der Reichstagsabgeordneten, und zwar für das ganze Jahr, auch wenn der Landtag nicht versammelt ist. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten wurde ferner beschlossen, daß diese Entschädigung auch den Ministern neben ihren Staatsgehältern bezahlt werden sollen, wenn sie zugleich Abgeordnete sind, was bisher nicht der Fall war. Ein sächsischer Minister, der gegenwärtig rund 5,1 Millionen M Gehalt bezieht, wird also vorläufig noch eine Abgeordnetenzulage von rund einer Million erhalten.

Die Sähenose

Paris, 11. Dez. Havas. In der Note an den Botschafterrat die Reichsregierung aus, daß sie allein verfassungsmäßig berechtigt sei, die Entschädigung über die Vorgänge in Passau und Ingolstadt auszusprechen. Die betreffenden Bürgermeister könne sie nicht absetzen, da sie keine Beamte, sondern gewählte Organe selbständiger Verwaltungen seien. Die verlangte Million Goldmark stelle die Reichsregierung der Militärüberwachungskommission zur Verfügung.

Russisch-türkischer Bruch?

Lausanne, 11. Dez. Hier wird angenommen, daß es zu einem Bruch zwischen Rußland und der Türkei gekommen sei. Tschitscherin erklärte, Ismed Pascha verleihe nicht, den Sieg auszunutzen. Die Türken halten eine Entzweiung in der Meerengenfrage für bevorstehend, obgleich aus Angora noch keine Weisungen eingegangen sind. Die Russen sind vereinsamt und haben nur die Wahl, entweder abzureisen oder nachzugeben. Die Engländer erwarten letzteres und würden dann ihrerseits bezüglich der Zahl der fremden Kriegsschiffe im Schwarzen Meer Zugeständnisse machen.

Lloyd George entlarvt Poincaré

Die Pariser Stelle der „United Press“ veröffentlicht den ersten Artikel Lloyd Georges, in dem der vor-malige britische Ministerpräsident in einem unerhört wichtigen Angriff gegen Poincaré den Nachweis liefert, daß dieser den beinahe fertiggestellten englisch-französischen Vertrag, durch den Frankreich gegen einen etwaigen Nachkriegsdeutschland gesichert werden sollte durch die Antriebe auf den Konferenzen von Cannes und Genua zum Scheitern gebracht habe. Es gibt, schreibt Lloyd George, eine starke „politische Schule“ in Frankreich, die den Rhein als Grenze zwischen Deutschland und Frankreich verlangt, getrieben von der Angst vor der deutschen Bevölkerungszunahme.

Der Zweck des Sicherheitsvertrags, dessen Kosten England auf sich zu nehmen bereit war, mit oder ohne die Vereinigten Staaten, ging dahin, die gemäßigste Richtung in Frankreich (Briand) zu stärken. Auf der Konferenz machte Lloyd George einen bestimmten Vorschlag und es wurde beschlossen, dafür die Konferenz in Genua zu betreten und die Deutschen dazu einzuladen. Aber die Ministerkrisen in Frankreich (Briand) wurde von Poincaré und seinem Anhang gestürzt brachte alle Hoffnungen zum Scheitern. Die Konferenz in Cannes wurde abgebrochen, das englische Angebot verächtlich verworfen. Man (d. h. Poincaré) erklärte uns brutal, daß der englische Vorschlag ohne Militärbündnis nutzlos sei.

Ein solches Bündnis lehnten wir ab; Europa hat unter dem Militärbündnis (Entente cordiale) schon zu viel zu leiden gehabt. Der Sicherheitsvertrag liegt im Papierkorb, aber nicht England hat ihn zu Fall gebracht. Das neue französische Kabinett (Poincaré) spielte immer mehr die Rolle des grämlichen Kritikers, den man jeden Augenblick überzeugen mußte und der bei jeder Gelegenheit Drohungen vorbrachte, daß er

hohen, fortzufahren und dem Bauer mit einer Anzeige zu drohen, daß er seine Kalkgrube so schlecht verwahre. „Das kann der Herr ja tun,“ unterbrach ihn der Bauer zornig, „wird schon sehen, wie weit er damit kommt. Ich mach' das Holz nicht, und das Brett an der Grube ist gut und stark genug; freilich, da müßt' es von Eilen sein, daß es einen solchen Elefanten tragen könnte,“ setzte er etwas leiser hinzu, indem er dem Gerichtsdienner das Schreiben, das dieser in der Hand hielt, abnahm. „Ist das für mich?“ fragte er. „Was steht denn so wichtiges in dem Schreiben, daß es nicht einmal bis übermorgen, am Sonntag, Zeit hat, wo ich ohnedem zum Landgericht hineingekommen wär'?“ „Das haben wir nicht wissen können,“ entgegnete der Gerichtsdienner grob, „auch hats passiert von wegen dem Prinzen — es betrifft den großen Eichbaum drüben an der Haselpoint.“ „Prinzen? Und meine große Eich?“ fragte der Bauer verwundert und begann sich eilig die Hände zu reiben; die Hausfrau, die eben wieder hereingekommen war, kannte das als Zeichen, daß ihm der Jörn zu Kopf zu steigen beginne, und fand es ratsam, in der Nähe zu bleiben. „Aun, Ihr, wist es ja, Himmelmooßer — der Eichbaum ist der größte und älteste in der ganzen Gegend, und nirgends hat man eine so schöne Aussicht über den ganzen See. Drum will der Prinz, der am liebsten da hinauf spazieren geht, daß der Baum in gewiß stehen bleibt und heilide nicht umgehauen wird.“ „Wer redet denn aber von Umbauen? Der Baum ist ja selber meine Freud, und so nötig hats der Himmelmooßer auch noch nicht, daß er auf die paar Klaiter Holz ansehen sollt. Und ist denn der Prinz nicht selber bei mir gewesen und hat mir gesagt, wie gern er den Baum hat, und hab ich ihm nicht mein Wort gegeben, für mich und Kinder und Kindeskinde, daß kein den Baum anzuhauen sollt? Was braucht's denn da noch?“ (Fortsetzung folgt.)

sch (aus dem Verband) zurückziehen wolle. Lloyd George will sich über Barthou nicht beklagen, der unter den erniedrigtesten Bedingungen tat, was er konnte, um der Konferenz (von Genoa) gegenüber gerecht zu bleiben, aber es wurde ihm von Paris aus unmöglich gemacht. Bei jedem Schritt vorwärts erhielt er ein anhaltendes Telegramm aus Paris, im ganzen 800.

Die anderen Länder wünschten, daß die Konferenz von Genoa einen dauernden Frieden herbeiführe, aber man sah, daß eine der Großmächte der Konferenz einen Mißerfolg bereiten wollte. Poincaré lehnte aus einem elenden Grunde den Sicherheitsvertrag ab. Allerdings, wenn Frankreich den Vertrag angenommen hätte, so hätte es keinen Vorwand mehr, das linke Rheinufer wegzunehmen. Die Rheinlande sind kerndeutsch nach Rasse und Bestimmung. In Europa gibt es 70 Millionen Deutsche, nach einer Geschlechterfolge sind es vielleicht 100 Millionen. Sie werden solange nicht ruhig bleiben, wie Millionen ihrer Angehörigen unter freiem Himmel am andern Ufer des Rheins leben müssen, und der Beginn des unüberwindlichen Befreiungskrieges wäre nur eine Frage der Zeit und der Gelegenheit. Das moralische Recht wäre auf der Seite der Deutschen. Man weiß, was der letzte Krieg war, aber niemand kann die Schreden des nächsten Krieges voraussagen. England und Amerika wollen jeden Krieg vermeiden, was nur möglich ist, wenn jeder Angreifer die unbefehligbaren Kräfte beider gegen jedes Volk auftreten sieht, das die Welt in einen neuen Krieg stürzen wollte. Sollte ein Befreiungskrieg unvermeidlich werden, so sollen die Betroffenen wissen, daß die Sympathien Englands und Amerikas offen auf der Seite stehen, die für ihre nationale Freiheit kämpfen.

Weder England noch Amerika können die Manöver verkennen, die sich jetzt vollziehen. Vom Rhein bis zum Mississippi ist die Entfernung allerdings groß, aber die beiden Flüsse sind nicht mehr so weit entfernt wie ehemals.

Poincaré will sich verteidigen

Bei der Ueberfahrt nach London am Samstag sagte Poincaré einem Mitarbeiter des Pariser "Journal", er sei entschlossen, keine Unrichtigkeiten in den Äußerungen Lloyd Georges ohne Widerspruch hingehen zu lassen. Lloyd George vergesse, daß er niemals auf die „gerechten“ Vorschläge Poincarés geantwortet habe.

Württemberg

Stuttgart, 11. Dez. Heimatnot. Das Ergebnis der Haus- und Straßensammlung in Stuttgart ist bis jetzt 2 622 000 M. Unmittelbar bei der Zentralfstelle für Wohltätigkeit sind an Beiträgen eingegangen 5 151 000 M. Mit der Verteilung der Gaben ist in Stuttgart bereits begonnen worden. Zunächst erhalten vor Weihnachten die bedürftigen Angehörigen des Mittelstands, die nicht unter die Kleinrentnerrentnerfürsorge fallen und die allen Leute des Arbeiterstands, die keine Sozialrente beziehen, zusammen etwa 2000 Personen, eine Gabe von 2000 bis 3000 M., was einen Aufwand von mindestens 5 Millionen Mark ausmacht. Außerdem werden an die bedürftigen Angehörigen des Mittelstands und an die Kleinrentner Karten zum Bezug von billigem, gutem Essen und Ausweise für verbilligte ärztliche Versorgung abgegeben. Die Essenskarte für 10 Essen kostet nur 200 M.

Stuttgart, 11. Dez. Gesprenzte Versammlung. Am Sonntag abend wurde die von den National-Sozialen im Reichshof (Lübingerstraße) einberufene Versammlung von 50 bis 60 Kommunisten durch fortwährende Zwischenrufe gestört und als gegen die Ruhesörer vorgegangen wurde, entstand eine große Schlägerei, wobei die Kommunisten mit Stühlen dreinschlugen und mit Biergläsern warfen. Eine starke Polizeibeamtung, die von der Polizeidirektion auf der nächsten Woche bereitgestellt war, räumte den Saal und gestreute die Kämpfenden auf der Straße. Gegen die Rädelsführer wird ein Strafverfahren eingeleitet.

Stuttgart, 11. Dez. Gasvergiftung. Zwei Brüder im Alter von 27 und 29 Jahren wurden in der elterlichen Wohnung in der Ludwigstraße am Sonntag früh tot aufgefunden. Sie waren am Samstag nacht vom Kodeln zurückgekehrt und hatten den Schlitten an den Gasosen in ihrer Schlafkammer gestellt. Der Schlitten kam wahrscheinlich während beide schliefen, ins Aufstehen und öffnete dabei den Gasahnen.

Vom Landtag. Der Landtagsabgeordnete Albert Rapp von Kleingartach hat sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt.

Das neue Adressbuch von Stuttgart wird bei Vorbestellungen um 6000 Mark abgegeben, später wird der Preis voraussichtlich 7500 Mark betragen.

Ualen, 10. Dez. Goldschieber. Ein Viehhändler von Gmünd, der von einem hiesigen Bahnangestellten für 160 450 Mark Gold- und Silbergeld gekauft hatte, wurde von der Polizei festgenommen, und das von ihm aufgekaupte Gold- und Silbergeld beschlagnahmt.

Pfeffelbach, 11. Dez. Seltene Einigkeit. Für die Gemeinderatswahl haben sich Sozialdemokraten und Bauernbund vereinigt und einen gemeinsamen Wahlvorschlag ausgegeben.

Ulm, 11. Dez. Dank der Lübinger Studentenhilfe. Nachdem im Lauf der letzten Wochen bereits 588 Zentner Kartoffeln als Sammelspende aus dem Oberamt Ulm in Lübingen eingetroffen sind, ist nun auch die erste Getreidesendung, 16,6 Zentner Weizen und 2,6 Zentner Gerste, aus dem Lagerhaus Langenau abgegangen. Die Lübinger Studentenhilfe dankt allen Gebern in einem Dankschreiben. 70 Zentner Kartoffeln, 51 Zentner Weizen, 3,4 Zentner Roggen und 10 Zentner Gerste, 6,75 Zentner Hafer, 2,3 Zentner Dinkel, 2,8 Zentner Erbsen, 40 Pfund Linsen, 28,4 Zentner Obst und 20 Säcken Dörrobst sind außerdem noch gesammelt worden.

Ebingen, 11. Dez. Eingefahren. Der Schneefall war in den letzten Tagen so stark, daß die Postautomobile, die den Verkehr zwischen Ebingen—Heuweg und Ebingen—Ulg vermitteln, nicht mehr regelmäßig fahren können.

Schramberg, 11. Dez. Verkehrsstörungen. Infolge Niedergangs großer Schneemassen mußte der Verkehr auf der Kreispostlinie St. Georgen—Schramberg eingestellt werden. Auch können die Postautos nach Oberndorf und Rottweil nicht verkehren.

Freiburg, 11. Dez. Eine Schülerin der Handelsschule hatte das Mißgeschick, daß die von ihr bediente Schreibmaschine zu Boden fiel und erheblich beschädigt wurde. Die Ausbesserungskosten mit 40 000 M. hat das Mädchen zu tragen.

Cannstatt, 11. Dez. Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum Freitag wurden an den Schaufenstern des Goldwarengeschäfts Gleichel in der Marktstraße die oberen Flügel eingedrückt und Waren im Wert von einer halben Million Mark gestohlen.

Geislingen a. St., 11. Dez. Verwilderung der politischen Sitten. Die Kommunisten störten hier eine Versammlung der National-Sozialen, wodurch eine große Schlägerei entstand und erheblicher Sachschaden anrichtet wurde.

Jonn, 11. Dez. Der verlorne „Kos“. Ein junger Mann, der als „Kos“ (Niklas) verkleidet eine befreundete Familie in Rohrdorf besuchen wollte, wurde in dem Haus für einen verumminten Räuber gehalten und durch einen Schuß erheblich verletzt.

Kappel M. Niedlingen, 11. Dez. Der 60jährige Landwirt Josef Niehle wurde in der Kiesgrube verschüttet.

Pfärrich M. Wangen, 11. Dez. Dachlawine. Ein 7jähriger Knabe wurde beim Verlassen des elterlichen Hauses von dem vom Dach herabstürzenden Schneemassen vollkommen zugedeckt. Rasche Hilfe konnte den Knaben noch lebend ausgraben.

Friedrichshafen, 11. Dez. Spenden. Ein unbekannter Geber hat dem Stadtschultheißenamt 200 000 M. überwiesen, um damit durch Zuweisung von Lebensmitteln Notleidenden eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Weiter ist der gleiche Betrag der allgemeinen Notstandsversorgung übermittle worden.

Gemeinderatswahlen in Württemberg.

In den meisten Städten und Orten des Landes fanden am 2. Adventsuntag die Wahlen zu den Gemeinderäten statt. Nur wenige Gemeinden hatten vor 8 Tagen gewählt, vereinzelte wählten am nächsten Sonntag. Fast überall, voran in der schwäbischen Hauptstadt, stand die Wahl unter dem Zeichen: vereinigtes Bürgertum gegen Sozialdemokratie und Kommunismus. Das hätte man sich vor 3 und 4 Jahren noch nicht träumen lassen, daß die Gegensätze politischer und wirtschaftlicher Art in so kurzer Frist diese scharfe Trennung herbeiführten, nachdem im Land bisher ein „leidliches“ Zusammenregieren bürgerlicher und sozialistischer Parteien sich ergeben hat. Die Wahlergebnisse sind bei der großen Arbeit der Stimmzählung der kumulierten Kandidaten und der Listenverbindungen vielfach erst am Montag abgeschlossen worden. Nach dem Gesamteindruck des bisher vorliegenden Wahlergebnisses kann man von einem Wahlerfolg des Bürgertums sprechen, namentlich soweit die Landeshauptstadt in Betracht kommt, oder politisch ausgedrückt: Von einem Rück nach rechts. Die Wahlbeteiligung war vielfach eine schwache, in Stuttgart mit 50 %.

Ein schieblich-friedliches Zusammenarbeiten muß aber nach dem vielfach erbitterten Wahlkampf jetzt Platz greifen.

Im einzelnen liegen folgende Ergebnisse vor:

Stuttgart. Das endgültige Wahlergebnis zeigt folgendes Bild: Gewählt wurden 7 Bürgerpartei (+ 2), 7 Sozialdemokraten (- 4), 6 Demokraten (- 4), 4 Deutsche Volkspartei (+ 4), 2 Zentrum (unverändert), 4 Kommunisten (+ 2).

Reilbach. 88, 8208, 8. B. 2996, D. B. und Gewerksvereine 5755, 8. B. 6720, Komm. 2950 Stimmen. Murrhardt. Bürgerverein, Demokr., Volkspartei 7 Sitze, 8. B. 2 Sitze.

Sindelfingen. Demokr. 5 Sitze, Kommunisten 1 und Sozialdem. 3 Sitze.

Nagold. 3 Sozialdemokraten und 5 Angehörige der bürgerl. Parteien gewählt.

Redargartach. 5 8. B., 3 bürgerl. Vereinigung.

Brackenheim. Bei der Gemeinderatswahl wurden die Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Wählergruppe gewählt. Die Sozialdemokratie ging leer aus.

Freudenstadt. Wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft 6 Sitze, freie Wählervereinigung 4.

Vorch. Bürgerliche Parteien 3, Sozialdem. Partei und die Gewerkschaften ebenfalls 3 Sitze, 2 Landwirte aus Zilkarten.

Notales.

Wildbad, den 12. Dez. 1922.

Erstattung der Kapitalertragssteuer. Das Reichsfinanzministerium hatte sich vor einigen Monaten zur Vermeidung von Härten im Einzelfall damit einverstanden erklärt, daß Anträge von Kleinrentnern auf Erstattung von Kapitalertragssteuer nach § 44 des Einkommensteuergesetzes für b. e im Jahr 1920 bezogenen Kapitalerträge nicht als verspätet zurückgewiesen werden sollen, wenn der Antrag spätestens bis zum 31. Dez. 1922 verlängert wird. Kleinrentner, die bisher die Erstattung der Kapitalerträge noch nicht beantragt haben, sollten dies sofort beim zuständigen Finanzamt nachholen.

Haftung der Eisenbahn für Handgepäck. Die Haftung der Eisenbahn für aufbewahrtes Handgepäck, die gegenwärtig höchstens 500 Mark pro Stück beträgt, wird ab 1. Januar 1923 auf den Höchstbetrag von 3000 Mark erhöht.

Frachtermäßigung für Christbäume. Mit Gültigkeit bis 21. Dezember d. J. tritt auf der Reichsbahn ein Ausnahmetarif für Christbäume in Wagenladungen in Kraft, der einen Frachtnachschuß von rund 30 Prozent gewährt.

Postschekverkehr. Mit Wirkung vom 15. Dezember wird der Reistbetrag für Postscheke von 100 000 auf 500 000 M. und der Reistbetrag für telegraphische Zahlkarten, Ueberweisungen und Zahlungsanweisungen von 10 000 auf 100 000 M. erhöht.

Aufgeld auf Briefmarken. Die Papierhändler in Freiburg i. B. haben beschlossen, die Briefmarken nur noch mit einem Aufgeld von 10 Prozent zu verkaufen.

Das jetzige Frachtbrieftmuster kann jedenfalls noch bis zum 1. Januar 1924 benutzt werden. Die Verkehrtreibenden können sich daher wieder einen angemessenen Vorrat von Frachtbrieften drucken lassen.

Postschekverkehr in Württemberg im November 1922. Zahl der Postschekkunden Ende November 83 262, gegen

Oktober mehr 500. Von dem Umsatz (88 151 Millionen Mark) sind 72 717 Millionen Mark bargeldlos beglichen worden. Das Guthaben der Postschekkunden stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 4533 Millionen Mark.

Der Einkommensteueranteil der Gemeinden. Wie das Württ. Finanzministerium mitteilt, werden die Finanzämter spätestens bis 23. Dezember den Gemeinden zur Uebernahme ihrer finanziellen Lasten als Voranschlag auf ihre Einkommen- und Körperschaft fürs Rechnungsjahr 1922, auf die ihnen bisher dreiviertel der für das Rechnungsjahr 1921 vorläufig bezeichneten Anteile überwiesen worden sind, weitere zwei Viertel der Anteile für 1921 für Rechnung der Staatshauptkasse ausbezahlen.

Die starken Schneefälle haben im Schwarzwald allenthalben großen Schaden in den Forsten angerichtet. Bäume von 20 bis 30 Zentimeter Durchmesser sind unter der Last des feuchten Schnees wie Zündhölzer getnickt. Die Fernsprech- und Telegraphenleitungen sind vielfach gestört.

Wetter-Bericht

Der Hochdruck nimmt wieder zu; da aber noch Störungen vorhanden sind, ist am Mittwoch und Donnerstag wohl in der Hauptsache trockenes und kaltes, doch mit weiteren Schneefällen verbundenen Wetter zu erwarten.

Die neuen Postgebühren.

Bitte ausschneiden und aufbewahren! Es

Die wesentlichen Gebühren, die vom 15. Dezember 1922 an im Post-, Postschek- und Telekommunikationsverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Postkarten im Ortsverkehr 5 M., im Fernverkehr 15 M.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 10 M., über 20—100 Gr. 15 M., über 100—250 Gr. 25 M.; im Fernverkehr bis 20 Gr. 25 M., über 20—100 Gr. 35 M., über 100—250 Gr. 45 M.

Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber ein Betrag von 50 Pfg. nachgehoben.

Drucksachen bis 25 Gr. 5 M., über 25—50 Gr. 10 M., über 50—100 Gr. 15 M., über 100—250 Gr. 25 M., über 250—500 Gr. 35 M., über 500 Gr. bis 1 Kg. 45 M., über 1—2 Kg. (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände zulässig) 90 M.

Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Höflichkeitformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind 5 M.; Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr.

Geschäftspapiere und Mitteilungen bis 250 Gr. 25 M., über 200—500 Gr. 35 M., über 500 Gr. bis 1 Kg. 45 M.

Warenproben bis 250 Gr. 25 M., über 250—500 Gr. 35 M. Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber ein Betrag von 50 Pfg. nachgehoben.

Päckchen bis zu 1 Kg. 50 M.

Pakete bis 5 Kg. Rahzone 125 M., Fernzone 250 M.; bis 10 Kg. Rahzone 250 M., Fernzone 500 M.; bis 15 Kg. Rahzone 550 M., Fernzone 1100 M.; bis 20 Kg. Rahzone 850 M., Fernzone 1700 M.

Zeitungsparate bis 5 Kg. Rahzone 60 M., Fernzone 125 M.

Versendungen (Wertbriefe und Wertpakete). Die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr beträgt für je 3000 M. 20 M.

Postanweisungen bis 100 M. 12 M., über 100 bis 200 M. 20 M., über 200—1000 M. 40 M., über 1000—5000 M. 60 M., über 5000—20 000 M. 80 M. Der Reistbetrag ist von 10 000 auf 20 000 M. erhöht worden.

Die Einreichgebühr ist auf 20 M., die Vorzeigegebühr für Nachnahmen und Postanträge auf 12 M. festgesetzt.

Für die **Einbestellung** sind bei Vorauszahlung zu entrichten: nach dem Ortsbestellbezirk für eine Briefsendung 30 M., für ein Paket 60 M.; nach dem Landbestellbezirk für eine Briefsendung 90 M., für ein Paket 120 M.

Für eingezahlte **Zahlkarten** bis 100 M. einschl. 6 M., über 100—1000 M. einschl. 10—20 M., über 1000—20 000 M. einschl. 40 M., für jede weiteren 10 000 M. oder einen Teil dieser Summe mehr 20 M.

Bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 100 M. für eine Zahlkarte; für Kassenchecks, die bargeldlos beglichen werden, 1 vom Tausend des Scheckbetrages, für Vorauszahlungen mit Postscheck 5 vom Tausend des Scheckbetrages.

Im **Telegraphenverkehr** sind die wichtigsten Gebühren: für Ferntelegramme: Grundgebühr 40 M. und außerdem für jedes Wort 20 M.

Die Auslandsgebühren

betragen vom 15. Dezember 1922 ab: **Postkarten** 50 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 40 M. — **Briefe** bis 20 Gr. 80 M., jede weiteren 20 Gr. 40 M. (Reistgewicht 2 Kg.), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gr. 60 M., jede weiteren 20 Gr. 40 M. — **Drucksachen** für je 50 Gr. 15 M., für **Blindenanschreibungen** für je 500 Gr. 5 M. (Reistgewicht 3 Kg.), jedoch nach Tschechoslowakei und Ungarn für je 500 Gr. 10 Pfg., für **Geschäftspapiere** für je 50 Gr. 15 M., mindestens 30 M., **Einreichgebühr** für Briefsendungen 160 M., **Einreichgebühr** 20 M., **Rücksendungsgebühr** 20 M., **Vorzeigegebühr** für Nachnahmen auf Briefsendungen (vom Absender zu entrichten) 20 M., **Gewichtsgebühr** für **Postpaketen** für je 50 Gr. 30 M. (dazu Einreichgebühr von 20 M.), mindestens 160 M. **Versandungsgebühr** für Wertbriefe und Wertpakete für je 30 000 M. 50 M. — **Postanweisungsgebühr** bis 5000 M. 50 M., über 5000—10 000 M. 100 M., jede weiteren 10 000 M. 50 M., jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Ausland für jede weiteren 10 000 M. 100 M. — **Behandlungsgebühr** für Wertpakete 20 M. (Versicherungsgebühr unverändert). — **Nachnahmegebühr** für Pakete 50 M. für je 5000 M. des Nachnahmebetrages.



Jedermann kann Mitglied im Cons.-Verein werden!

Letzte Nachrichten.

Neue Reichsfinanzanweisungen.

Berlin, 11. Dez. Der Reichsfinanzminister soll, wie verlautet, ermächtigt werden, Reichsschatzanweisungen bis zur Höhe von weiteren 300 Milliarden Mk. zu emittieren, um die Volksernährung durch die erforderlichen Einkäufe von Auslands- und Inlandsgetreide sicherzustellen. Bisher war für diesen Zweck dem Reichsfinanzminister eine Kreditermächtigung bis zur Höhe von 120 Milliarden Mk. erteilt worden. Dies entsprach einem Kursstand der ausländischen Zahlungsmittel im Verhältnis von 1 Goldmark = 400 Papiermark. Um nun zu verhindern, daß bei einem Kursstand von 1 Goldmark = 2000 Papiermark eine Zahlungshilfe bei der Reichsgetreidestelle durch die Getreidelerzeugung des deutschen Volkes nicht gefährdet wird, ist diese Kreditermächtigung notwendig geworden. Abgedeckt soll dieser Kredit wie früher aus den Erträgen beim Verkauf des Getreides werden.

Für die deutschen Rheinflände.

Berlin, 11. Dez. Reichsminister Cuno hat die Vertreter rheinischer Zeitungen empfangen, ihnen für alle Bekundungen der Reichsregierung aus dem Rheinland dankt und der größten Anstrengungen der Reichsregierung versichert, um eine Verhinderung der Besetzung zu vermeiden und ihr Ende auf den frühesten, nach dem Friedensvertrag möglichen Zeitpunkt sicherzustellen. Er führte dazu unter Berufung auf den Friedensvertrag aus, die Forderungen für die Besetzung der Rheinflände haben am 10. Januar 1920 begonnen. Deutschland habe demnach einen vertraglich verbürgten Rechtsanspruch darauf, daß mit 9. Januar 1925 der letzte Soldat der alliierten und assoziierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen haben muß. Im Hinblick auf unsere Entloftung könne die einzige Einschränkung des Friedensvertrags nicht geltend gemacht werden.

Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 11. Dez. Im Haushaltsauschuss gab Mi-

Consumvereins-Mitglied, kaufen vorteilhaft nur im eig. Geschäft.

Offener Brief

an die Herren Gottlieb Günthner, Gottfried und Karl Schrafft hier.

Euer Heftartikel, meine Herrn, in Nr. 288 dieser Zeitung richtet sich gegen die falsche Adresse. Sie müssen sich, wenn Sie Mut und Takt haben, schon an diejenigen wenden, die den Diebstahlsparagrafen im Gesetzbuch aufgenommen haben und an diejenige verantwortliche Stelle, die den Gemeinderatsbericht zur Presse gab. Sie haben sich übrigens selbst bloßgestellt. Der Stadtwald ist Gemeineigentum und alle Gemeindeglieder haben Anspruch, darauf zu hören, was in einem solchen Wald vorgeht. Ihr Heftartikel ist kennzeichnend für die Einträglichkeit Ihres Handwerks, Ihres Neumuts und Ihrer großen finanziellen Not, mit der Sie Ihr Privileg auf Diebstahl zu begründen suchen. Solche Machenschaften können sich nur Söhne begüterter Eltern leisten, die am wenigstens Grund zum Stehlen haben was für das Gericht bei Ausmessung der Strafe nicht ohne Interesse sein dürfte.

Sie wollen sehen, ob auch auf unserer Seite Takt bewiesen wird? Gut, so wollen wir die Nummern 282 und 288 des Wildbader Tageblatts mit dem forstamtlichen Bericht und Ihren Heftartikel als getreue Spiegelbilder zu den Untersuchungsakten geben, damit sich Staatsanwaltschaft und Gericht von den beiderseitigen Fehlern überzeugen kann, damit Ihre Richter sehen wie es mit der Einsicht Ihrer Befehlungen und Ihrer Wahrheitsliebe im allgemeinen steht.

Ueber den Grad der Beteiligung habe ich mich hier nicht auszusprechen. Ich kann Ihnen nur soviel sagen, daß ich Ihre Zeitungsaufstellung den gleichen Glauben beimesse, wie Ihnen zu Beginn der Untersuchung gemachter Angaben, wonach Sie gar nichts getan hatten, sodas Ihnen der Richter zuerst das Gedächtnis etwas schärfen mußte. So haben Sie, Herr Gottlieb Günthner, im Großen Rant nicht weniger als 6 Bäume bei der Stadt und 8 Bäume beim Staat umgelegt und gestohlen und wer Ihnen nach Lage der Sache glaubt, daß Sie dies allein gemacht haben, der wäre allerdings, was Sie selbst sagen, eine große Schlaube.

Was den von Ihnen mir unterstellten Einbruch anbelangt, so können Sie Ihrem Rechtsgelehrten, der Ihnen Ihren Artikel aufsetzte, sagen, daß das Öffnen und Schließen einer Feldscheuer zum Zwecke einer Durchsuchung seitens der Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft, die diesen als Niederlageort gestohlener Sachen bekannt ist, keinen Einbruch sondern eine recht- und pflichtmäßige Handlung darstellt. Und wenn Sie sich als Festgenommener einem solchen Hilfsbeamten gegenüber widersetzen, oder diesen mit einem Angriff bedrohen, was Sie ja in Ihrem Artikel selbst zugeben, dann haben Sie sich die Folgen, wie sie sich zugezogen haben und die nicht allein durch Ihr Verhalten so glatt abgelaufen sind, selbst zuzuschreiben.

Was Ihre Redensarten in Bezug auf Einheimisierung von Reichthümern auf Kosten der zur Schlichtbank geführten darbenenden Jugend anbelangt, so kann ich mich

hier nicht getroffen fühlen, zumal ich von 1914 an im Schützengraben stand, über Krieg und Frieden nicht zu bestimmen hatte und als Kriegsbeschädigter jedenfalls soviel wie Sie geleistet habe. Auch in Bezug auf Wohlstand glaube ich Ihnen und Ihren Vätern nichts voraus zu haben. All dies soll mich nicht hindern, den Weg zu gehen, den mir mein Amt, meine Pflicht und Gesetz vorschreibt.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 11. Dezember: 8546.30 (8370.50). 1 Pfund Sterl. 38 902.50, 100 Doll. Gulden 339 150.—, 100 Schweizer Franken 100 597.—, 100 franz. Francs 59 451.—, 100 Ital. Lire 42 643.—, 100 österr. Kronen 11.67, 100 tschech. Kronen 26 633.—, 100 poln. Mark 47.75.

Der Wert der Mark im Ausland. Für 100 Mark wurden Ende voriger Woche gezahlt: in Zürich 0.0865 (vor dem Krieg 125.40) Franken, Amsterdam 0.0315 (50.20) Gulden, Kopenhagen 0.0700 (88.80) Kronen, Stockholm 0.0515 (88.80) Kronen, Wien 850.00 (117.80) Kronen, London 0.0674 (97.80) Schilling, Newyork 0.0131 (23.80) Dollar, Paris 0.1750 (125.40) Francs, Rom 0.2531 (123.45) Lire.

Goldmarkskurs der Reichsbank: 20 000 Mark für eine Doppelkronen.

Die Pfennigbeträge werden bei Bankaufträgen künftig unübersichtlich gelassen.

Die Süddeutsche Weinzentrale in Stuttgart hat im letzten Herbst in Stuttgart allein für etwa 40 Millionen Mark Wein eingekauft und für über 30 Mill. Mark an die Genossenschaftsmitglieder abgesetzt. Die Geschäftsanteile sollen mit 10 v. H. verzinst werden.

Die Höchstpreise für Feinwaren wurden in Württemberg ab 4. Dezember für je 1000 Stück folgendermaßen erhöht: Backsteine 31 000, Glucker (wärtl. Format) 32 900, Meiler Glucker 31 000, Backsteine (wärtl. Format) 40 900, Hobsteine 42 400—54 200, Wäberchwänze 48 400—52 000, Falzlegel (Doppel- und Strangfalzlegel) 81 000, Doppelfalzpfannenlegel 85 500—90 000, Dral- nagerdröhen 37 500—136 000 je nach Lichtmelte. Der Höchstpreis für Feilzlegel wird auf 200 M für ein Stück festgesetzt.

Vierpreiserhöhung. Der Verband Rheinisch-westfälischer Brauereien hat die Preise für Einheitsbier von 600 auf 12 000 M für 750l-prozentiges Starkbier von 7500 auf 18 000 Mark je Hektoliter im Großhandel erhöht. Die Wirtvereinungen schlagen im Auschank nochmals über 100 Prozent hinzu.

Für Margarine sind ab 11. Dezember folgende Großhandelspreise pro Pfund festgesetzt worden: Tafelmargarine 1. Sorte: 1255 M, 2.: 1195 M, 3.: 1080 M, billige Sorte 1065 M, Schmelzmargarine 1308 M und Stiehmargarine 1186 M.

Preise für Kakao und Schokolade. Die Schokoladefabriken haben neuerdings folgende Kleinverkaufspreise festgesetzt: Kakao-pulver, schwach entölt, 4600—5600 M, stark entölt 3600—4300 M das Kilo; ferner Vanilleschokolade 310—330 M, feine Vanille-Schokolade 350—370 M, Schmelz-Schokolade 400—420 M, bitter 450—470 M, Milch-Schokolade 460—480 M, Milch-Schokolade 460 bis 480 M, Milch-Schokolade 350—370 M je 100 Gramm Lieberjugsmaße, Großhändlerpreis 2800—2900 M das Kilo.

Stuttgarter Börse, 11. Dez. Die Gewinnflüchtungsneigung, welche vorige Woche recht deutlich zum Ausdruck gekommen ist, schien heute wieder geschwunden zu sein. Es war starke Reigung zu Käufen vorhanden, in erster Linie im Zusammenhang mit der auf dem Devisenmarkt eingetretenen neuen Steigerung der Preise für die fremden Zahlungsmittel. Das auf den Markt gelangende Material war sehr gering, die Kurse konnten zum Teil weitere wesentliche Erhöhungen aufweisen. Das Geschäft war lebhaft bis zum Schluß. — Bankaktien: Bankaktien 1500 (1050), Hypothekbank 700, Notenbank 3000, Vereinsbank 1850. — Brauereiernte: Billiger 1300 rat., Reifemeyer 2000 (1701), Soben-

Consumvereinsmitgl. legen ihre Spargelder nur im Cons.-Ver. an.

Wettera 2500 (2200), Wulle 1700, Pfauen 700, Ravensburg 600 (600). — Metallaktien: Feinmetall 12 990 (13 000), Sobner 8000, Jangbans 4400 (3800), Metallwaren 17 000 (16 000). — Maschinenwerke: Daimler 5000 (3250), Laupheimer 8000 (7800), Schilling 4700, Hesser 4000 (3000), Weingarten 7000, Neckarfulmer 3650 (2950). — Spinnereiernte: Westphalen 900, Kolb-Schäfer 7000 (6800), Kuchen 10 000 (9200), Filz 6800 (Genüßheine 3200), Schilling 7000 (7300), Zeilenindustrie 7500 (7000). — Sonstige Werte: Anilin 13 000 (Vergasrecht 6800), Heilberger Zement 7200, Rhein-Rottweil 10 000 (7500), Kramm 1900, Salzwerk Seibronn 15 000, Wachenheim 4000 (3800), Stuttgarter Zucker 9500 (8900), Mannheimer Del 6500, Transport 1900, Ziegelwerke 4900 (4500). Markt-Vereinsbank.

Kärnberger Hopfenmarkt, 8. Dez. Markt- und Gebirgshopfen 90 000—115 000 M, aus Württemberg 100 000—114 000 M, aus Polen 105 000 M, aus Hallertauern ohne und mit Siegel 108 000 bis 120 000 M, geringe und gelbe Hopfen erzielten 85 000—85 000 Mark, rote 40 000 bis 55 000 M. Schlußstimmung ruhig.

Hamburger Kaffee-Wochenbericht (Morris A. Behr, O. m. b. H.), 9. Dez. Die bereits in der letzten Woche eingetretene Belebung des Geschäftes in vorerwähnten Kaffees setzte sich in der abgelaufenen Berichtswochen fort. Heutige Kaffeesorten je nach Güte und Beschreibung bei einem Kurse von 36 000 M für 1 Ztr. Sertlinge Santos Superior bis extra-primus 1300—1400 M gewalchener Zentralkamerikaner 1550—1750 M das Pfund roh, unverzollt ab Freihafenlager Hamburg, Sollsch für 1 Pfund Rohkaffee vom 6. Dez. bis 12. Dez. 1157 M vom 13.—19. Dez. 1163.50 M.

Langenau, 9. Dez. Dem Viehmarkt waren 18 Ferkel, 14 Kalber, 14 Kühe und 32 Jungrinder, insgesamt 88 Stück zugeführt. Der Handel war schleppend bei sehr hohen Preisen. Niedriger und höchster Preis bei Ferkeln 60 000—100 000 Mark, bei Kühen 110 000 bis 320 000 Mark, bei Kalbern 235 000 bis 420 000 M und bei Jungrindern 65 000—165 000 Mark.

Ebingen a. D., 9. Dez. Vieh- und Schweinemarkt. Dem Markt waren zugeführt: 12 Ferkel, 20 Kühe, 41 Kalber, 60 Stück Jungvieh und 2 Stiere. Es kosteten: Ferkel 225 000 bis 250 000 M, Kühe 130—160 000, Kalber 320 000—400 000, Jungvieh 125 000—180 000, Stiere 260 000—270 000 M. — Auf dem Schweinemarkt waren 655 Ferkel und Käfer und 16 Mutter-schweine zugeführt. Der Preis für 1 Paar Ferkel betrug 18 000 bis 30 000 M.

Ravensburg, 11. Dez. Auf dem Viehmarkt waren 1 Ferkel, 13 Kühen, 32 Rinder, 18 Kühe, 1 Kalber aufgetrieben. Der Handel war lebhaft. Auf dem Schweinemarkt gute Zufuhr bei etwas flauem Handel. Preise für Ferkel 8000—13 000 Mark, für Käfer 14 000—18 000 M. Auf dem Geflügelmarkt wurde lebhaft abhandelt. Preise für alle Hühner: 350—400 M, für junge Hühner 300 bis 350 M, Hahnen kosteten 160—170 M pro Pfund. Geflügelfeste Hühner wurden mit 350—400 M pro Pfund bewertet und waren sehr gesucht.

Spargelder werden im Consum-Verein mit 4 1/2 % verzinst!

Bereinig. Gewerkschaften u. wirtsch. Vereinigung. Am Freitag, den 15. Dezember abends 8 Uhr findet im Saale zur „Alten Linde“ eine

Wählerversammlung

statt. Es liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft vollständig mit ihren wahlberechtigten Familienmitgliedern zu erscheinen.

Der Einberufer.

Mieterverein Wildbad.

Ordentliche

Mitgliederversammlung

am Dienstag, den 12. Dezember 1922 abends 7/8 Uhr

im Gasthaus zum „Hirsch“.

Tagesordnung: 1. Reichsmietengesetz. 2. Wohnungsabgabe. 3. Verschiedenes. (Stellungnahme zur Gemeinderatswahl.)

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Der Ausschuss.

Neu eingetroffen:

Kinderschnallenschuhe,

Größe 25/30, Preis 800 Mt.

Kinderschnallenschuhe,

Größe 31/35, Preis 1000 Mt.

Chevreau-Kinderstiefel,

Größe 23 und 24, Preis 1200 Mt.

Leder-Kinderstiefel,

Größe 25 und 26, Preis 2500 Mt.

Consumverein.

Felle

von Marder und Fuchs, Maulwurf, Hasen, Kanin usw. kauft zu höchsten Tagespreisen

R. Schrempf,

Kürschnermeister, Pforzheim, wehl. Karl-Friedrichstr. 22, Fernruf 877.



Alein-Verkaufsrecht:

Salamander-Schuhhaus Herm. Luk, Wildbad.

Hochzeits-Anzug,

fast neu, mittl. Größe, zu verkaufen. Auskunft erteilt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Rasierapparate, Rasierleifen, Rasierpinfel.

A. u. W. Schmit. Med.-Drogerie.



Morgen Mittwochabend Café Wintler, Freitagabend „Ratskeller“.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Mittwochabend 8 Uhr

Ausschuß-Sitzung.

Die Ortsgruppenleitung.



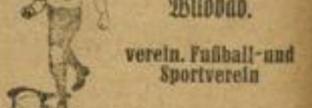
Wegen Verhinderung des Dirigenten findet morgen keine Singstunde statt.

Der Vorstand.

Fußball-Verein

Wildbad.

verein. Fußball- und Sportverein



Heute Dienstagabend 8 Uhr im Hotel Sonne (Nebenzimmer 1. Stock)

Zusammenkunft v. Ausschuß u. Spielleitung.

(äußerst wichtig). Der Vorstand.

Drillehanzüge, bl. Arbeits-Anzüge, feldgraue Hosen, Manchesterhosen, Zwirn-Hosen, Engl.-Lederhosen, Winter-Lodenkittel, Wind-Jacken, Arbeitsmäntel, sowie sämtliche Sorten Schuhwaren offeriert

Weintraub, Karlsruhe

Kronenstraße 52.